

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Preise - Entwicklungshilfe - EG-Gipfel -
Euromärkte - UdSSR**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1979) : Kurz kommentiert: Preise - Entwicklungshilfe - EG-Gipfel - Euromärkte - UdSSR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 12, pp. 589-590

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135383>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Preise

Auftrieb gestoppt?

Im November dieses Jahres betrug der Preisanstieg gegenüber dem Vorjahr 5,7 %: genau die gleiche Rate wie im Oktober. Diese Meldung verleitete manche zu dem Schluß, der Preisauftrieb sei nunmehr gestoppt. Dies muß aber nicht sein, denn diese Art der Betrachtung vernachlässigt, daß bei einem Vorjahresvergleich notwendigerweise nicht nur die aktuelle Entwicklung, sondern auch die des Vorjahres einen bestimmenden Einfluß ausübt. Und dieser Einfluß war in diesem Jahr besonders ausgeprägt. Die Datenkonstellation, die bisher zu einem raschen Anstieg der Inflationsrate im Vorjahresvergleich geführt hat – nämlich der schnelle Preisauftrieb im laufenden Jahr bei nur mäßigem Anstieg im Vorjahr –, beginnt sich nunmehr umzukehren. Für die Zukunft ist wegen der vor zwölf Monaten einsetzenden Beschleunigung des Preisauftriebs sogar mit einem Rückgang der Inflationsraten im *Vorjahresvergleich* zu rechnen, obwohl sich der *laufende* Preisanstieg schon wegen des anhaltenden Kostendrucks zunächst wenig verringern dürfte.

Erst im späteren Verlauf des kommenden Jahres wird sich der Preisauftrieb im Zusammenhang mit der zu erwartenden konjunkturellen Abschwächung und den von der monetären Seite her eingeeengten Überwälzungsspielräumen auch in *laufender* Betrachtung erheblich abschwächen. Das setzt allerdings voraus, daß sich das Öl weit weniger als in diesem Jahr verteuert und die Rohstoffpreise nicht nennenswert steigen. Auch ist dabei unterstellt, daß sich der reale Wechselkurs der D-Mark nicht wesentlich verändert.

In der *jahresdurchschnittlichen* Anstiegsrate wird die Verminderung des laufenden Preisauftriebs allerdings kaum schon sichtbar werden: Hier muß 1980 nicht zuletzt wegen des hohen „Überhangs“ mit einem etwa ebenso großen Anstieg wie in diesem Jahr – also um 4 1/2 % – gerechnet werden. jh

Entwicklungshilfe

Späte Einsicht

Der Sachverständigenrat hat seit der Veröffentlichung seiner ersten Gutachten im Jahre 1964/1965 die Thematik der Entwicklungspolitik nicht behandelt. Infolgedessen war dieses Gremium in die Schußlinie vieler Entwicklungspolitiker geraten. Sie stützten ihre Kritik auf die primär binnenwirtschaftliche Betrachtungsweise

des Rates und die Verengung der außenwirtschaftlichen Analyse auf die Wirtschaftsbeziehungen mit den Industrieländern.

Daß diese Perspektive langfristig nicht weiterführt, macht der Jahresbericht 1978/1979 deutlich, in dem die Fünf Weisen der großen Bedeutung der Rohstoffpreise und der Lieferung einzelner Rohstoffe für die deutsche Wirtschaft sowie deren zunehmender Verflechtung mit den Entwicklungsländern Rechnung tragen. Wesentlich Neues und Erhellendes enthalten die Ausführungen allerdings nicht. Vielmehr wird der Diskussionsstand in Wissenschaft und Politik wiedergegeben. Die Rohstoffabhängigkeit Deutschlands wird zum Anlaß genommen, gegen dirigistische Maßnahmen der Entwicklungsländer zu Felde zu ziehen; und das Plädoyer für mehr Entwicklungshilfe schließt die Forderung nach verstärkten Eigenleistungen der Entwicklungsländer ein.

Dieser Katalog ist aus der Sicht des Sachverständigenrates überzeugend. Ob er realisierbare Vorschläge enthält, ist bezweifelbar. Daß rein marktwirtschaftliche Lösungen politisch nicht mehr durchsetzbar sind, zeigt das Einlenken der Industrieländer bei der Vereinbarung ausgewählter Rohstoffabkommen. Ob langfristig eine marktwirtschaftliche Strukturpolitik in den Industrieländern als Teil der Entwicklungspolitik akzeptiert wird, scheint nach den Diskussionen während der Vorbereitung zur dritten UNIDO-Konferenz noch nicht gewährleistet. Der Hinweis auf die Eigenleistungen der Entwicklungsländer ist praktisch von den armen Ländern als Versuch der reichen Länder gedeutet worden, sich den Verpflichtungen im Rahmen internationaler Grundsätze zu entziehen. So bleibt am Schluß wenig Greifbares für die Entwicklungspolitiker übrig; es sei denn, sie sind damit zufrieden, daß die Fünf Weisen dieses Thema nicht mehr umgehen. mk

EG-Gipfel

Denkpause

Die britische Premierministerin Thatcher ist vom zweitägigen EG-Gipfel in Dublin, in dessen Mittelpunkt die Frage der Reduzierung des britischen EG-Beitrags stand, mit völlig leeren Händen nach London zurückgekehrt – nicht unerwartet und selbstverschuldet.

Angesichts eigener Haushaltsprobleme waren die übrigen acht EG-Mitgliedsländer nicht bereit, für 1980 eine Mehrbelastung von umgerechnet etwa 4 Mrd. DM für den Etat der EG auf sich zu nehmen, boten aller-

dings als Kompromiß die Übernahme eines Betrages in Höhe von 1,3 Mrd. DM an. Da dieses Angebot zu stark von den Vorstellungen der britischen Regierung abwich, forderte sie zusätzliche Unterstützungsmittel, u. a. für die britische Kohleindustrie, stieß jedoch – wie voraussehbar – auf Ablehnung. Somit kam aufgrund der britischen „Alles-oder-nichts“-Haltung keine Einigung über eine Beitragsermäßigung zustande.

Großbritannien verhält sich in bezug auf die Gemeinschaft gegenwärtig wie ein Ehemann, der die Institution Ehe nur danach beurteilt, wie sich die Kosten der Haushaltsführung im Vergleich zur Situation mit einer Haushälterin entwickeln. Zu hoffen ist, daß Großbritannien die Denkpause bis zur nächsten europäischen Ratstagung nutzt und – anders als in Dublin – Bereitschaft zeigt, in Diskussionen über das „Wie“ der Lösung seiner Budget-Probleme im gemeinschaftlichen Geist einzutreten. Insbesondere wäre zu begrüßen, wenn es im Hinblick auf die durchaus stark kritikwürdige Agrarlastigkeit des EG-Haushalts mit seinen Nachteilen für Großbritannien dann auch mit dezidierten Vorschlägen aufwarten würde. Zumindest auf mittlere Sicht bestünden dann möglicherweise Aussichten auf eine Lösung der Probleme auch im britischen Sinne. kr

Euromärkte

Umdenkungsprozeß

Inwieweit die Auseinandersetzung zwischen den USA und Iran Auswirkungen auf die internationalen Finanzmärkte haben wird, läßt sich noch nicht in vollem Umfang absehen. Indes hat bereits jetzt ein Umdenkungsprozeß auf dem Euro-Kreditmarkt eingesetzt. Auslösendes Moment war die Kündigung eines 500-Mill.-\$-Kredites an Iran durch die Chase-Manhattan. Da die iranische Zentralbank – entgegen früheren Äußerungen des ehemaligen iranischen Außenministers Bani-sadr – erklärt hat, daß sie allen Verpflichtungen nachkommen werde, dürfte die Maßnahme der Chase, sofern sie vollzogen wird, weitreichende Konsequenzen haben. Diese Kündigung kann nämlich aufgrund der „cross-default“-Klausel eine Reihe weiterer Kündigungen nach sich ziehen. In diesem Fall wird Iran aber kaum in der Lage oder gewillt sein, den vorzeitigen Rückzahlungsverpflichtungen nachzukommen. Markterschütterungen erheblichen Ausmaßes werden dann nicht zu vermeiden sein.

Angesichts dieser Lage sind die Euro-Banken gehalten, ihre bisherige Margen- und Risikopolitik neu zu überdenken. Das gilt in besonderem Maße für die klei-

neren Banken. Sie sind es nämlich, die von dem seit Jahren zu beobachtenden Verfall der Margen bei zunehmenden Kreditlaufzeiten am stärksten betroffen sind. Etwas weniger berührt davon sind die großen Euro-Banken, da die Einlagen der risikoreichsten Kreditnehmergruppen – Osteuropa, OPEC-Länder und nicht-erdölexportierende Entwicklungsländer – sich überwiegend bei ihnen befinden, so daß ihr Risiko-Ertrags-Verhältnis weit geringer ist als das der kleineren Banken. Zu hoffen bleibt, daß der Iran-Konflikt nicht zu Bankzusammenbrüchen führt und das Risikobewußtsein der Euro-Banken wieder geschärft wird. ww

UdSSR

Hiobsbotschaften

Das Jahr 1979 wird den Ruhm der sowjetischen Partei- und Staatsführung nicht gerade mehren, denn die meisten Planziele werden vermutlich unerfüllt bleiben: Das Wirtschaftswachstum wird nur um 2 statt der geplanten 4,3 %, die industrielle Produktion um 3,6 statt um 5,7 % und die industrielle Arbeitsproduktivität nur um 2,6 statt um 4,7 % zunehmen. Die Ölförderung wird ein Defizit von 8 Mill. t und der Kohlebergbau von 23 Mill. t aufweisen. (Nur die Gasförderung wird die Planziele erreichen können.) Die Getreideernte ist mit 179 Mill. t um 48 Mill. t hinter dem Plansoll geblieben. Diese Lücke, die zweimal so groß wie unsere Getreideernte ist, muß zum überwiegenden Teil mit Getreideimporten aus dem Westen geschlossen werden.

Obleich in diesem „wohl kompliziertesten Jahr des Fünfjahrplans“ die Fehlplanung der Bürokratie öffentlich von Breschnjew angeprangert worden ist, hat er freilich nicht *ihr* die Hauptschuld zugeschoben, sondern der Tatsache, daß es nicht gelungen war, die geplante Steigerung der Effektivität der Produktion und der Qualität der Erzeugnisse zu erreichen. Fast ohne ein Wort über die ursprünglich für das nächste Jahr vorgesehenen Planziele zu verlieren, wurden diese niedriger angesetzt und somit Voraussetzungen für eine „erfolgreiche“ Erfüllung der (niedrigeren) Planaufgaben geschaffen. Zwar soll das kommende Jahr noch immer eine Wachstumsrate von 4 % aufweisen, doch werden damit nicht mehr die ursprünglichen Ziele des Fünfjahrplans 1976-80 erreicht werden können. Mit den jetzt für 1980 geplanten 606 Mill. t Öl und 745 Mill. t Kohle wird die Ölförderung um 48 Mill. t und die Kohleförderung um 50 Mill. t hinter den ursprünglichen Produktionszielen bleiben. Die gesamte energetische Lücke wird damit gut 90 Mill. t SKE betragen. Diese fehlende Brennstoffmenge läßt eine Verminderung der sowjetischen Exporte erwarten. eb